

Frage

In den Westschweizer Kantonen, darunter Freiburg, läuft derzeit ein Programm zur Früherkennung von Brustkrebs durch Mammographie. In diesem Programm werden alle Frauen zwischen 50 und 69 Jahren eingeladen, sich alle zwei Jahre einer Screening Mammographie zu unterziehen. Die Kosten werden von der Grundversicherung vergütet (ohne Erhebung einer Franchise). Das im Jahr 2003 gestartete Programm sollte Ende dieses Jahres auslaufen. In der Schweiz ist Brustkrebs der bösartige Tumor Nummer eins bei den Frauen. Im Krebsbereich ist eine von drei Frauen von einem Brustkrebs betroffen. Mit einer systematischen Einladung an Frauen von 50 bis 69 Jahren, sich einer Mammographie zu unterziehen, erzielt man einen deutlichen Rückgang der brustkrebsbedingten Sterblichkeit um 25 bis 30 %. Studien, die in unserem Land und in weiteren Ländern mit einem Programm zur Früherfassung von Brustkrebs durchgeführt wurden, zeigen eine höhere Überlebensrate für die Frauen auf. Aufgrund dieser Feststellungen richte ich die folgenden Fragen an den Staatsrat :

- 1) Teilt er die Anliegen des Unterzeichneten ?
- 2) Hat er schon einen Vorstoss beim Bundesrat unternommen – oder hat er dies vor – damit dieses Screening-Programm im Leistungskatalog der Grundversicherung bleibt ?
- 3) Falls dieses Programm nicht verlängert, sondern effektiv Ende dieses Jahres unterbrochen würde : welche Massnahmen und Entscheide gedenkt der Staatsrat zu treffen, um es in unserem Kanton beizubehalten ?

23. Februar 2007

Antwort des Staatsrats

Teilt er die Anliegen des Unterzeichneten ?

Der Staatsrat teilt die Anliegen von Grossrat Jacques Bourgeois voll und ganz.

In der Schweiz ist Brustkrebs der häufigste Tumor bei der Frau. Der Staatsrat hat beschlossen, ein systematisches Brustkrebs-Screening mit Mammographie einzuführen, denn er ist überzeugt, dass dies eine wirksame Präventionsmassnahme für die Bekämpfung der brustkrebsbedingten Mortalität ist und dazu beiträgt, die negativen physischen und psychischen Folgen der Erkrankung abzumildern.

Die Frauen zwischen 50 und 69 Jahren werden daher alle zwei Jahre eingeladen, sich einer Screening Mammographie zum Preis von fünfzehn Franken zu unterziehen. Das Ziel besteht darin, Tumore in einem sehr frühen Stadium zu entdecken, noch bevor die ersten Zeichen auftreten, die auf einen allfälligen Brustkrebs hinweisen. Wenn ein Brustkrebs im Anfangsstadium entdeckt wird, wo er noch keine Metastasen gebildet hat, verläuft die Krankheit nicht tödlich. Im Fall von Metastasen hingegen reduziert sich die Lebenserwartung beträchtlich. Zum Gewinn unter dem Überlebensaspekt tritt der Vorteil, dass die Behandlungen im Anfangsstadium der Krankheit weniger aggressiv sind und den Körper weniger verstümmeln. Dies verbessert die Lebensqualität der Patientinnen.

Im Übrigen ist die systematische Vorsorgeuntersuchung auf Brustkrebs auch für die öffentliche Gesundheit von grosser Bedeutung. Sie ermöglicht zum einen die Information der Frauen, so dass sie ihre Eigenverantwortung wahrnehmen und aufgrund objektiver Auskünfte einen Entscheid treffen können. Zum anderen zielt sie darauf hin, möglichst viele Frauen zu erreichen, besonders jene, die nicht systematisch zu gynäkologischen Untersuchungen gehen. Der Staatsrat hält es für wichtig, allen Frauen – unabhängig von ihrem Wohnort, ihrer sozialen Stellung und ihrem Ausbildungsstand – die gleiche Chance für eine möglichst frühe Erkennung von Brustkrebs zu geben, so dass sie mit grösserer Wahrscheinlichkeit überleben.

Ausserdem gewährleistet die systematische Früherfassung von Brustkrebs ein gewisses Qualitätsniveau, das auch den ausserhalb des Programms durchgeführten Mammographien zugute kommt. Die Lesung einer Mammographie ist sehr komplex und erfordert eine gewisse Erfahrung. Dank der Menge der den Radiologen vorgelegten Bilder und der doppelten Lesung der Bilder durch zwei verschiedene Radiologen garantiert das Früherkennungsprogramm eine gute Interpretation.

Somit erleichtert die systematische Früherfassung einer grösseren Anzahl potenziell betroffener Frauen den Zugang zu Qualitätsleistungen.

Die Freiburger Ergebnisse sprechen für sich : seit Beginn des Früherkennungsprogramms im Jahr 2004 bis 1. Januar 2007 haben sich 13 013 Frauen einer Mammographie unterzogen und sind 102 Krebsfälle bestätigt worden. Im Jahr 2006 unterzogen sich 5337 Frauen einer Screening Mammographie, was einer Beteiligung von 43,8 % entspricht.

Hat er schon einen Vorstoss beim Bundesrat unternommen – oder hat er dies vor – damit dieses Früherkennungsprogramm im Leistungskatalog der Grundversicherung bleibt ?

Der Staatsrat ist überzeugt, dass die Früherkennung von Brustkrebs im Leistungskatalog der Grundversicherung bleiben muss, und er achtet darauf, dass dies der Fall sein wird. Auf Bundesebene sind schon mehrere parlamentarische Vorstösse erfolgt, die meisten im Sinne einer allgemeinen Ausdehnung des Brustkrebs-Screenings auf den Rest des Landes. Der Vorsteher des eidgenössischen Departementes des Innern hat sich nicht gegen die allgemeine Einführung des Screenings ausgesprochen.

Sind die Westschweizer Kantone davon überzeugt, dass die Früherfassung von Brustkrebs die beste Strategie ist, um die Zahl brustkrebsbedingter Todesfälle zu senken, so besteht in der deutschsprachigen Region des Landes ein gewisser Widerstand gegen die Einführung des systematischen Brustkrebs-Screenings. Die Direktorin für Gesundheit und Soziales hat bei der Conférence Romande des Affaires Sanitaires et Sociales (CRASS) einen Vorstoss unternommen, damit ein Antrag aller Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin an den Bundesrat ergeht. Verlangt wird, dass Mammographien, die in einem Programm für die systematische Früherkennung von Brustkrebs erfolgen, weiterhin von den Krankenversicherern im Rahmen der Grundversicherung vergütet werden.

Eine Bundesverordnung aus dem Jahr 1999 regelt die Voraussetzungen in Verbindung mit der Finanzierung dieser Leistung. Diese Verordnung setzt auch eine bis Ende 2007 laufende Rahmenfrist fest, innert der die auf dieser Grundlage errichteten Früherkennungsprogramme zu evaluieren und über die Weiterfinanzierung zu entscheiden ist.

Ende 2007 wird der Bundesrat entscheiden, ob die Voraussetzungen gemäss der Bundesverordnung gültig bleiben oder ob die Vergütung der Screening Mammographien im Rahmen der kantonalen Programme dahinfallen wird.

Der Entscheid wird aufgrund einer epidemiologischen Evaluation fallen, die in den Kantonen läuft, wo ein Programm eingeführt worden ist. Er wird die verfügbaren Zahlen über das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Leistung berücksichtigen.

Falls dieses Programm nicht verlängert, sondern effektiv Ende dieses Jahres unterbrochen würde : welche Massnahmen und Entscheide gedenkt der Staatsrat zu treffen, um es in unserem Kanton beizubehalten ?

Das systematische Brustkrebs-Screening in unserem Kanton wurde von Anfang an von den Krankenversicherern finanziert, was die medizinisch-technischen Verrichtungen anbelangt, und durch die Beiträge der Loterie Romande, was die Ausgaben in Verbindung mit der Organisation, der Koordination und den Aufgaben der öffentlichen Gesundheit betrifft. Für 2007 hat der Staat die Loterie Romande abgelöst, indem er mit einem Betrag von 440'000 Franken das Früherkennungsprogramm finanziert.

Der Staatsrat ist sicher, dass die Krankenversicherer als Partner in der Finanzierung des Gesundheitssystems ihre Verantwortung wahrnehmen müssen und sich des Gewinns bewusst sind, den sie nicht nur unter dem Kostenaspekt daraus ziehen (weniger schwere Behandlungen, weniger diagnostische Mammographien), sondern auch im Hinblick auf die Gesundheit ihrer Versicherten.

Freiburg, den 15. Mai 2007